

Bremen setzt auf Olympia in Hamburg

Fackelaktion an der Binnenalster / Umfragen starten in der Hansestadt und in Berlin

Das Rennen um die deutsche Bewerbung für die Olympischen Spiele 2024 geht in die entscheidende Phase. Seit gestern befragen Meinungsforscher in den Kandidatenstädten Hamburg und Berlin das Volk, um auszuloten, ob die Bürger etwaige Spiele in ihrer Stadt befürworten. Die Hamburger, das zeichnet sich ab, stehen dem Vorhaben eher aufgeschlossen gegenüber. Und auch in Bremen fände man Olympia in Hamburg gut – es darf nur nichts kosten.

VON ANDRÉ FESSER

Bremen-Hamburg. „Feuer und Flamme“ sollen sie sein, die Hamburger, heiß auf Olympia, sie sollen brennen für die Idee, die Olympischen Spiele 2024 in ihre Stadt zu holen. Gemessen an dem Menschenauflauf gestern Abend in der Hamburger Innenstadt ließe sich durchaus behaupten, dass die Stadt reif ist für das Großereignis. Tausende kamen am Abend an die Binnenalster, um mit Fackeln und Laternen ein „Olympisches Alsterfeuer“ zu entfachen. Dabei entstand ein eindrucksvolles Bild – und ein im wahrsten Sinne des Wortes flammendes Plädoyer dafür, dass es eben Hamburg sein soll, das sich für die Spiele bewirbt. Und nicht Berlin.

Aber reicht das aus? Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB), der am 21. März entscheiden will, welche der beiden Städte er in das internationale Bewerbungsverfahren schickt, will sich nicht von derartigen Werbeaktionen blenden lassen. Deshalb hat er das Forschungsinstitut Forsa damit beauftragt, in beiden Städten repräsentative Umfragen auf die Beine zu stellen.

Jeweils 1500 Menschen in Hamburg und Berlin sollen sich dabei entscheiden: Sind sie für oder gegen Olympische Spiele in ihrer Stadt? Das Ergebnis, das laut DOSB-Vorstand Michael Vesper am 10. März bekannt gegeben werden soll, spielt für die Entscheidung natürlich eine wichtige Rolle: „Wir wollen nirgendwo hingehen, wo die olympische Bewegung nicht willkommen ist“, sagt Vesper, betont aber zugleich: „Die Umfrage ist wichtig, aber nicht alles entscheidend.“

Vertraut man ersten Stimmungstests, stehen die Menschen in den beiden Metropolen den Spielen vor der eigenen Haustür durchaus wohlwollend gegenüber. Berlins Sportsektor Frank Henkel (CDU) rechnet nach eigener Aussage mit einer Zustimmung von deutlich über 50 Prozent in seiner Stadt. In Hamburg ergab eine Vorabumfrage der Mei-



20 000 Hamburger demonstrieren gestern Abend beim „Olympischen Alsterfeuer“ rund um die Binnenalster Begeisterung für Olympia. FOTO: DPA

nungsforscher von Emnid in diesem Monat, dass sogar 68 Prozent der Menschen in der Hansestadt sagen: Ja, wir wollen Olympia!

Wäre es tatsächlich Hamburg, das sich vom 21. März nicht mehr mit Berlin, sondern mit internationalen Bewerberstädten wie Boston, Rom oder Paris vergleichen lassen müsste, geriete auch im benachbarten Bremen wohl einiges in Bewegung. Denn die Hansestadt an der Weser könnte einer der Profiteure von Olympischen Spielen in Hamburg sein. Der Weg an die Alster ist nicht weit, und so hoffen viele Menschen darauf, dass ein Teil der vielen Tausend Olympia-Besucher aus aller Welt in Bremen unterkommen könnte – sei es, um dort zu übernachten,

oder auch nur, um die Stadt zu besichtigen und auch mal eine Bratwurst zu essen.

Möglicherweise könnte in Bremen auch richtiger Sport stattfinden – so die Bedingungen es denn zulassen. Schon jetzt ist die Spannung angesichts dieser Frage gegenwärtig: „Ich bin hochgradig euphorisch“, sagt Peter Rengel, der Chef der ÖVB-Arena, im dritten Teil unserer Serie „Fünf Ringe für Bremen“. Die Halle hat ein Fassungsvermögen von weit mehr als 10 000 Zuschauern und käme im Falle einer Hamburger Bewerbung als Austragungsort für einzelne Wettkämpfe infrage.

Mit dieser Vorfreude ist Rengel keineswegs allein, auch andere frohlocken schon

und sehen die Chancen, die sich hinter den Spielen in Hamburg für Bremen auftun. „Weltweite Werbung“ verspricht sich etwa die Wirtschaftsförderung Bremen, auf volle Hotels hofft die Touristikzentrale. Doch es gibt auch Widerstand: Müsste man städtisches Geld in die Hand nehmen, um die Braut Bremen mit ihrer Infrastruktur noch ein bisschen schöner zu machen, schlug die Begeisterung schlagartig in Ablehnung um. „Wir haben im Moment kein Geld dafür, um hier für Olympia etwas auf- oder nachzurüsten“, sagt Petra Krümpfer, die sportpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Und auch der Grüne Mustafa Öztürk stellt klar, dass man in Bremen sicher kein Geld für Olympia ausgeben werde: „Wir haben hier ganz andere Sorgen.“ Serie Seite 11

ANZEIGE

Kreuzfahrtmesse Bremen

Sonntag 22. Februar
10.30 - 17.30 Uhr
bei **AUTOWELLER**
Osterdeich 151, Bremen

Eintritt 5,-

www.kreuzfahrtmesse-bremen.de

Senator wirbt für Carsharing

Bremen (wig). Lange Ladezeiten für die Batterien, begrenzte Kilometerleistung, vergleichsweise hoher Kaufpreis – dies sind laut Senator Joachim Lohse zentrale Probleme, die den Einsatz von Elektroautos beim Carsharing erschweren. In einem Gespräch mit dem WESER-KURIER erklärte der Chef im grün-geführten Ressort für Umwelt, Bau und Verkehr, wenn die Hansestadt darauf setze, dass sich mehrere Bremerinnen und Bremer ein Auto teilen, dann stehe nicht die Antriebsart der Fahrzeuge im Mittelpunkt. Vielmehr gehe es um ein „verändertes Mobilitätsverhalten“. Ziel sei es, dass parallel Privatautos abgeschafft würden. Interview Seite 10

AOK kritisiert Krankenhäuser

Berlin. Enorme Qualitätsunterschiede bei den Krankenhäusern und Wildwuchs bei spezialisierten Behandlungszentren verhindern nach Angaben der AOK eine flächendeckend gute Versorgung der Patienten. Zwar müssten Bund und Länder bei ihrer Klinikreform den Weg für die Einrichtung vieler weiterer Zentren ebnen, aber – anders als es zurzeit der Fall sei – mit klaren Qualitätsstandards, forderte Uwe Deh, Vorstand des AOK-Bundesverbands, bei Vorstellung des Krankenhaus-Reports 2015 gestern in Berlin. Die Reform dürfe nicht nur eine große Finanzspritze für Kliniken werden. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 3

Städte fordern Finanzausgleich

Cuxhaven (mwe). Gemeinsam mit 50 anderen strukturschwachen Kommunen im Bundesgebiet fordert die Stadt Cuxhaven eine öffentliche Bundestagsdebatte über die Zukunft der Städte sowie eine Umverteilung der finanziellen Lasten. Das hoch verschuldete Cuxhaven hat sich als einzige Stadt in Niedersachsen dem parteiübergreifenden Bündnis „Für die Würde unserer Städte“ angeschlossen. Am kommenden Montag und Dienstag wollen Vertreter der Kommunen in Berlin bei den Bundestagsfraktionen und bei Mitgliedern der Bundesregierung für ihr Anliegen werben.

Entstanden ist die Bewegung im strukturschwachen Ruhrgebiet und im Bergischen Land in Nordrhein-Westfalen. Viele Kommunen dort sehen sich inzwischen ihrer Handlungsfähigkeit beraubt. Die vielfach dramatisch hohen Altschulden seien jedoch keineswegs selbst verursacht, argumentieren sie. Vielmehr hätten zahlreiche neue Bundes- und Ländergesetze besonders im Sozialbereich, die jahrzehntelang ohne ausreichende Gegenfinanzierung in Kraft gesetzt worden seien, die Schuldenspirale ausgelöst. Nur ein neu geregelter Finanzausgleich könne diese gefährliche Schieflage beheben. Cuxhaven hat mehr als 360 Millionen Euro Schulden; in diesem Jahr werden sie voraussichtlich um weitere 17 Millionen Euro ansteigen. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 7500 Euro liegt die Kommune in Niedersachsen einsam an der Spitze. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 15

Geheimdienste knacken SIM-Codes

New York. Die NSA und ihr britischer Gegenpart GCHQ haben sich offenbar in großem Stil Verschlüsselungscodes für SIM-Karten besorgt. Die Geheimdienste hätten dabei vor allem den weltweit führenden Kartenhersteller Gemalto aus den Niederlanden attackiert, berichtete die Website „The Intercept“. Die mit Hacker-Methoden erbeuteten Schlüssel zu den SIM-Karten ermöglichten es den Diensten, unauffällig weltweit die Kommunikation von Nutzern zu überwachen. Allerdings liegen die Vorfälle, die aus geheimen Unterlagen des Whistleblowers Edward Snowden hervorgehen sollen, bereits fünf Jahre zurück.

Demnach wurde auch der deutsche SIM-Kartenhersteller Giesecke & Devrient ins Visier genommen. „Wir haben keine Anzeigen dafür, dass bei uns ein Einbruch versucht wurde“, so ein Sprecher des Münchner Unternehmens. Durch die Angriffe im Auftrag der Geheimdienste könnte auch die Sicherheit von elektronischen Personalausweisen und Pässen, Bank- und Kreditkarten oder Schlüssel-Generatoren für das Online-Banking ausgehebelt worden sein. In diesen Bereichen werden ähnliche Chips mit geheimen Schlüsseln wie in den SIM-Karten verwendet. Aus Regierungskreisen verlautete dazu, bei deutschen Pässen und Personalausweisen würden keine Chips von Gemalto eingesetzt, sondern Datenträger von NXP und Infineon.

Einigung im Schuldenstreit

Hilfsprogramm für Griechenland wird um vier Monate verlängert / Athen legt neue Reformziele vor

Brüssel. Griechenland und die Europartner haben sich im Schuldenstreit geeinigt. Nach komplizierten Verhandlungen verständigten sich Athen und die übrigen 18 EU-Länder gestern Abend auf eine viermonatige Verlängerung des eigentlich Ende Februar auslaufenden Hilfsprogramms. Im Gegenzug verpflichtete sich die griechische Regierung unter Alexis Tsipras, die Reformen fortzusetzen.

Athen bekräftigte, das Hilfsprogramm bis zum 30. Juni inklusive der Spar- und Reformauflagen erfolgreich abschließen zu wollen, hieß es nach einer Sondersitzung der Euro-Finanzminister in Brüssel. Ohne

eine solche Vereinbarung hätte Griechenland in Kürze eine Staatspleite gedroht. Die Tsipras-Regierung hatte sich bis zuletzt beharrlich geweigert, im Gegenzug zu Finanzhilfen weiter Spar- und Reformauflagen zu akzeptieren.

Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem betonte, der erste Schritt des Verfahrens bestehe darin, dass die griechische Regierung bereits am kommenden Montag eine erste Liste der Reformziele vorlegen solle. Die „Institutionen“ – gemeint sind die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank – würden dann eine erste Einschätzung abgeben, ob dies ein Ausgangspunkt

sei, um die Kontrolle des Hilfsprogramms am Ende erfolgreich abzuschließen.

Dijsselbloem sagte, möglich sei wohl auch eine Folgevereinbarung für Griechenland, in der der IWF als wesentlicher Geldgeber Athens „auch weiterhin seine Rolle spielen“ werde. „Das ist ein sehr positives Ergebnis“, fasste der Niederländer zusammen. „Heute Abend gab es den ersten Schritt, um wieder Vertrauen aufzubauen“, sagte Dijsselbloem.

Der Eurokurs reagierte positiv. Die Gemeinschaftswährung sprang danach auf den höchsten Stand des Tages und erreichte 1,1430 US-Dollar. Bericht Seite 4

Ermittlungen gegen Celler Generalstaatsanwalt

Frank Lüttig soll in den Fällen Wulff und Edathy Dienstgeheimnisse weitergegeben haben

Hannover (hpm). Der Celler Generalstaatsanwalt Frank Lüttig muss sich wegen des Verrats von Dienstgeheimnissen verantworten. Lüttig soll interne Details aus den Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff und den Ex-SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy an Journalisten durchgesteckt haben. Jetzt wird gegen Lüttig selbst ermittelt. Die Staatsanwaltschaft Göttingen habe einen entsprechenden An-

fangsverdacht bejaht, berichtete Niedersachsens Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz gestern im Landtag. Auch eine zweite Person stehe im Visier der Anklagebehörde. Namen nannte sie aus „ermittlungstaktischen Gründen“ nicht.

Dass damit Lüttigs Ex-Vorgesetzter, der frühere Justizminister und heutige Landtagspräsident Bernd Busemann (CDU) gemeint sein könne, wies dieser im Gespräch mit dem WESER-KURIER empört zurück.

„Mir ist nicht bekannt, dass ein Verfahren gegen mich geführt wird oder die Aufhebung meiner Immunität beantragt wurde.“ Auch Lüttig, der sich derzeit im Urlaub befindet, ließ alle Vorwürfe von seinem Umfeld zurückweisen. Ihm droht nach Informationen des WESER-KURIER dennoch die Suspendierung vom Dienst durch das Justizministerium. Man müsse ihm aber zunächst noch rechtliches Gehör gewähren, hieß es. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 3

INHALT

Beruf & Karriere	S 1
Familienanzeigen	6, 20, 29
Fernsehen	18
Immobilien & Wohnen	I 1
Lesermeinung	4
Rätsel & Roman	17
Veranstaltungsanzeigen	6
Heute mit Fahrzeugmagazin On Tour	

H 7166 • 28189 BREMEN



VERMISCHTES

Ann Sophie darf antreten

Hamburg. Newcomerin Ann Sophie aus Hamburg hat sich den letzten freien Startplatz beim deutschen Vorentscheid für den Eurovision Song Contest (ESC) gesichert. Die 24-Jährige setzte sich am Donnerstagabend gegen neun Konkurrenten bei einem Clubkonzert in der Elbestadt durch. Sie tritt nun am Donnerstag, 5. März, in Hannover gegen sieben weitere Mitbewerber um das Ticket zum ESC-Finale an. Seite 8



SPORT

Heldt lobt und warnt Werder

Bremen. Schalkes Manager Horst Heldt hat sich positiv über die Entwicklung von Werder Bremen geäußert. Vor dem Duell der beiden Klubs heute in Gelsenkirchen sagte Heldt mit Blick auf die aktuelle Bremer Erfolgsserie: „Ihre Siege sind kein Zufallsprodukt.“ Kurzfristig traut er Werder weitere Erfolge zu. Um sich langfristig wieder in der Bundesliga-Spitze zu etablieren, könnten Werders vergleichsweise eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten allerdings ein Problem sein. Seite 25

FUSSBALL-BUNDESLIGA AKTUELL
VfB Stuttgart – Borussia Dortmund 2:3

SPORT

Deutschland holt zweimal Gold

Falun. Erster deutscher Weltmeister der 50. Nordischen Ski-Weltmeisterschaften im schwedischen Falun ist Johannes Rydzek (Foto). Der Oberstdorfer gewann gestern nach einem Sprung von der Normal-schanze und dem Zehn-Kilometer-Langlauf den Titel in der Nordischen Kombination. Die zweite Goldmedaille für Deutschland errang Skispringerin Carina Vogt, die schon bei Olympia in Sotschi gesiegt hatte. Seite 28



WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
6°	2°	60%

Viele Wolken und Regenschauer
Ein Tief über Südschweden sorgt in Mitteleuropa für wechselhaftes Wetter. Dabei fällt gebietsweise Regen.

Das ausführliche Wetter finden Sie auf Seite 8 und jederzeit aktuell auf dem Online-Portal des WESER-KURIER unter: www.weser-kurier.de/wetterkontor/aktuell